

Notiz Block



Frauen wollen sicheres Gehalt

Frauen gehen beim Gehalt eher auf Nummer sicher. Haben sie die Wahl zwischen einem Fixgehalt und leistungsabhängiger Bezahlung, entscheiden sie sich weit häufiger als ihre männlichen Kollegen für ein festes Einkommen. Dies gelte selbst dann, wenn Frauen ansonsten mehr verdienen könnten, heißt es in einer aktuellen Studie der Universität Bonn. In einem Experiment war rund 250 Männern und Frauen Geld für das Lösen von Rechenaufgaben angeboten worden. Dabei entschieden sich 56 Prozent der weiblichen Teilnehmer für einen Fixlohn, auch wenn ihnen eine leistungsabhängige Bezahlung mehr eingebracht hätte. Bei den Männern wählten dagegen nur 32 Prozent ein Fixgehalt. Nach Ansicht der Bonner Wissenschaftler passt dieses Ergebnis zu statistischen Daten aus der Arbeitswelt: So seien 33 Prozent der Frauen im öffentlichen Sektor beschäftigt, in dem feste, aber relativ niedrige Gehälter üblich seien. Von den Männern arbeiten nur 21 Prozent in diesem Bereich.

Einflussnahme auf Journalisten

Das Marktforschungsunternehmen Marketagent.com hat zusammen mit Ecker & Partner eine Studie erstellt, die die Arbeitsweise von Journalisten beleuchten soll. Besonderes Augenmerk wurde auf die Frage gelegt, ob versucht wird, auf die Arbeit in der Redaktion Einfluss zu nehmen. Laut Studie, die unter knapp 300 österreichischen Journalisten durchgeführt wurde, entscheidet der Löwenanteil völlig bis eher allein, welche Themen in welchem Umfang gebracht werden. Vor Einflussnahme sind Journalisten jedoch nicht gefeit: Vor allem intern wird hier natürlich versucht, andere Themen an die Öffentlichkeit zu bringen, doch auch von außen wächst der Druck. Dass der Chefredakteur die

eigene Arbeit zu beeinflussen versucht, bejahten 48,3 Prozent der Befragten. Doch auch Anzeigenkunden (30,2 Prozent) und Public Relations-Agenturen (29,8 Prozent) trachten danach, auf die Arbeit der Journalisten Einfluss zu nehmen. Religiöse Gruppen bilden hier mit 2,4 Prozent das Schlusslicht. Doch nur 12,7 Prozent beugen sich oft der Einflussnahme, 37,1 Prozent fallweise, 43,9 Prozent selten und 5,4 Prozent nie. Ein bestimmtes Thema „auf jeden Fall zu bringen“, wird mit knapp zwei Dritteln als häufigste Auswirkung von Interventionen angegeben. Weit abgeschlagen liegen die Umformulierung bestimmter Themen (26,3 Prozent) und das Ausklammern bestimmter Bereiche (19,6 Prozent). Die befragten Journalisten waren zu 79 Prozent fest angestellt und kamen vor allem aus den Bereichen Wirtschaft und Finanzen (45 Prozent), Lifestyle und Gesellschaft (29,3 Prozent) und Politik und Ausland (28,5 Prozent).

Vollbeschäftigung nicht erreicht

Die deutsche Wirtschaft wird in den nächsten zweieinhalb Jahrzehnten keine Vollbeschäftigung erreichen. Das prognostiziert das Schweizer Wirtschaftsforschungsunternehmen Prognos in einer Studie über die Entwicklung Deutschlands. Vor allem die Chancen für gering Qualifizierte würden sich durch Rationalisierung, Strukturwandel und Globalisierung weiter deutlich verschlechtern und die Politik zwingen gegenzusteuern, heißt es in der 700 Seiten umfassenden Untersuchung. Langfristig werde die Arbeitslosigkeit dennoch deutlich sinken. Für 2030 rechnet Prognos in Deutschland mit rund 2,3 Mio. Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote dürfte dann bei 5,9 Prozent liegen. Diese Prognose fußt allerdings auf der Annahme, dass die Politik ab 2010 einen funktionierenden Niedriglohnsektor schafft. sti

Masterlehrgang: Start im kommenden Herbst

Vermögensrecht praxisnah gelehrt in Liechtenstein

Hintergrund der postgradualen Ausbildung im Bereich Vermögensrecht ist der zunehmende Bedarf an Privatanwälten für wohlhabende Familien.

Hannes Stieger

Das Bestreben, die erste postgraduale Ausbildung für den Bereich Vermögensrecht im deutschsprachigen Raum zu bieten, bildet den Hintergrund zum Start eines entsprechenden Studiums an der Universität für Humanwissenschaften in Liechtenstein. Die Wurzeln liegen dabei in Österreich: Der Lehrgang „Executive Master in Vermögensrecht“ wurde auf Initiative von Professor Wolfgang Zankl (Universität Wien) und Rechtsanwalt Georg Kresbach (Wolf Theiss) ins Leben gerufen.

„Der Masterlehrgang richtet sich an Absolventen juristischer und wirtschaftswissenschaftlicher Studien, die entweder unmittelbar vor dem Einstieg ins Berufsleben stehen oder bereits berufstätig sind“, führt Zankl aus. „Unsere Zielgruppe sind Studenten aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein, wobei auf alle Rechtssysteme dieser Länder eingegangen wird.“ Idealerweise berät ein Absolvent des Masters für Vermögensrecht Unternehmen und wohlhabende Familien, wo die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche und steuergünstige Vermögensanlage am besten sind. Zankl sieht den Trend zum „Familienanwalt“, also dem Advisor reicher Familien, wieder erstarkt. „Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben sich im mitteleuropäischen Raum enorme Vermögensmassen angesammelt. Hier stellt sich immer mehr die Frage: Wie wird dieses Vermögen sicher über Generationen weitergegeben?“ Daher wird im Rahmen des Lehrgangs auch verstärkt auf Stiftungen eingegangen – als „Trusts“ bilden diese im anglo-amerikanischen Raum bereits seit Jahrzehnten anerkannte Vermögenscontainer. In Österreich sind Stiftungen erst seit vergleichsweise kurzer Zeit möglich – hierzulande gibt es rund 2.800 davon.

In der Ausbildung werden die lokalen Rechtskenntnisse auch mit einer Ausbildung im anglo-amerikanischen Recht kombiniert. Der Absolvent soll dann nicht nur in der Lage sein, in den nationalen Rechtsordnungen des deutschen Rechtskreises rechtlichen Support zu bieten, sondern auch abzuschätzen, ob für die optimale Vermögensbildung oder den günstigsten

Vermögenstransfer die Rahmenbedingungen in einer dieser Rechtsordnungen oder eher im anglo-amerikanischen Raum zu favorisieren sind. „Die künftige Klientel der Absolventen will Steuervorteile lukrieren, ohne gleich aus ihrem Heimatland wegzuziehen“, fasst Zankl im Gespräch mit *economy* zusammen. „Dazu ist eine fundierte Ausbildung an der Schnittstelle von Finanz und Recht nötig.“ Während beispielsweise das *Juridicum* eine fundierte Grundausbildung bietet, gebe es etwa für den Bereich Kapitalmarktrecht im Studium nur wenig Platz.

Master of Laws

Start für den Lehrgang in Liechtenstein ist der 5. Oktober 2006. 20 Vortragende werden rund ebenso viele Studenten betreuen. Die Vorlesungen finden berufsbegleitend jeweils von Donnerstag bis Samstag statt. Als Referenten kommen neben Wolfgang Zankl unter anderem Nikolaus Paul (Wolf Theiss, Kapitalmarktrecht)

und Bernhard Huppmann (Deloitte, Steuerrecht) zum Einsatz. Die Dozenten stammen aber auch aus dem Banken-, Versicherungs- und Consultingbereich. Die Studienmodule umfassen Themen wie Kapitalmarktrecht, Stiftungen, Steuerrecht, finanzmarktrechtliche Sorgfalt, Erb- und Schenkungsrecht, Trusts oder Finanzmathematik. In allen Modulen stehen zahlreiche Case Studies auf dem Programm, die die Lehrinhalte in ihrem unmittelbaren praktischen Zusammenhang zeigen sollen.

Der Anmeldeschluss für den Lehrgang ist der 31. Mai 2006. Die Studiengebühren betragen für den gesamten Lehrgang, der sich über anderthalb Jahre erstreckt, 15.000 Euro. Der Unterricht findet in Deutsch und Englisch statt und wird durch Unternehmensbesuche und Projektarbeiten ergänzt. Bewerber mit Berufserfahrung werden bevorzugt, Absolventen dürfen sich mit dem Titel „Master of Laws“ (LL.M.) schmücken.

www.ufl.li/vermoegensrecht

Schnappschuss

40 Jahre Bottom-up-Förderung



Der Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank (ÖNB) feierte dieser Tage sein 40-jähriges Bestehen. Seit seiner Gründung anno 1966 finanzierte der Fonds, dessen Zuweisungen aus dem jährlichen Reingewinn stammen, 8.500 Forschungsprojekte mit insgesamt 668 Mio. Euro. Die Bandbreite reicht von zeitgeschichtlichen Themen etwa in Zusammenhang mit dem NS-Regime bis hin zur Krebsforschung. WU-Rektor Christoph Badelt (re.) hob bei der Festveranstaltung den „zentralen Beitrag zur Grundlagenforschung“ hervor. So sei in den Wirtschaftswissenschaften zwar „viel Geld an der Grenze zur Auftragsforschung“ vorhanden, die ÖNB würde jedoch die für die Universitäten so dringende Bottom-up-Förderung betreiben. Zunächst ausschließlich der Grundlagenforschung verpflichtet, entschloss sich die ÖNB 1982 eine zweite Förderlinie für angewandte Projekte einzuführen. Schwerpunkte sind heute Wirtschaftswissenschaften und klinische Medizin. arie Foto: ÖNB